

Saale-Beitung.

Wochenschriftlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 getheilte Kolonien...
oder deren Raum mit 60 Wg. be-
rechnet und in unseren Anzeigens-
stellen und allen Anzeigen-Gebühren an-
genommen. Restanten die Seite 1 Wg.
Schluß der Anzeigennahme. vorm.
11 Uhr, in der Sonntagsnummer
abends 6 Uhr.

Erachtet sich perma-
Sonntags und Montags einmal

Schrittsetzung und Raum-Gebühren:
Galle, Gr. Brunnstraße 17;
Wohngebäude: Markt 24.

Bezugspreis

Die Halle wird über die bei zweimaliger
Vertheilung 2,50 Wg. und die Post
2,25 Wg. wöchentlich bezugsfähig.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für amnestisch eingehende Korrespondenz
wird keine Gewähr übernommen.
Rechnung nur mit Wechseln gegen
„Saale-Beitung“ gestattet.

Verleger: Dr. Schilling, Nr. 1140
der Anger-Verwaltung Nr. 176
der Annoncen-Abteilung Nr. 1133

Nr. 263.

Halle, Dienstag, den 9. Juni

1914.

Richter und Politik.

Auf dem Preussischen Richtertag, der vor
einigen Tagen in Bielefeld abgehalten wurde, hat Amts-
gerichtsrat A. D. Professor Dr. Bornhat-Berlin unter seine
Leitfahne auch folgenden aufgenommen: „Politische Betätig-
ung des Richters ist mit seiner Unparteilichkeit nicht un-
vereinbar.“ In der Begründung sprach er positiver davon,
daß der Richter durch Sachkenntnis und Lebenserfahrung
besonders geeignet zur politischen Betätigung, auch in den
Parlamenten, sei. Allerdings fügte er hinzu, ob der Richter
bestmüßig daran liegt, sei eine andere Frage, denn das
partei-politische Niveau sinkt immer weiter hinab. Ferner
erklärte er: Der Richter kann sich an jeder nicht staatsgefä-
hrlichen Partei beteiligen, natürlich in sachgemäßer Form.
Der Hauptreferent hat also den Standpunkt vertreten, daß
der Richter besonders geeignet zur politischen Betätigung
ist, doch sei es wohl besser, wenn er sich der Partei-
politik enthalte. Tue er es dennoch, dann müsse es inner-
halb einer „nicht staatsgefährlichen Partei“ und in sach-
licher Form geschehen.

Wiel weiter in seiner Abneigung gegen parteipolitische
Betätigung ging Amtsgerichtsrat Rids-Berlin. Er würde
es ansehend am liebsten sehen, wenn den Richtern gleich
den Offizieren die Beteiligung an der Politik unterjagt
würde. Auch er forderte maßvolles Auftreten für den Fall,
daß ein Richter sich dennoch politisch betätige, eine Forde-
rung, die wir selbstverständlich unterschreiben. Aber er
selber entfernte sich von einem maßvollen Auftreten, als er
sagte, die Parteipolitik gefährde die Anschauungen des Rich-
ters, denn sie beruhe nicht auf Wahrheit und Ge-
rechtigkeit. Merkwürdig berührt es auch, wenn
Amtsgerichtsrat Rids fordert, daß die Richter sich nur in
größeren Sämden und nur in Weirten, wo ihre Anschauun-
gen mit der allgemein herrschenden übereinstimmen, politisch
betätigen sollen.

Man erlieht aus diesen Anschauungen, daß der Redner
das Wesen der Parteipolitik nicht erfährt hat, oder daß ihm,
wie die „Frei. Zit.“ recht net sagt, das Organ dafür, der
nervus politicus, fehlt. Er weiß nämlich, daß es die mora-
lische Pflicht jedes Staatsbürgers ist, sich um die innere
Politik seines Vaterlandes zu kümmern, von vielen Seiten
wird ja deshalb sogar ein Wahlpflicht verlangt. Aber er
folgt daraus nicht, daß gerade die Richter als unabhängige
und gereife Männer mit gutem Beispiel vorangehen müß-
ten. Er scheint auch nicht zu wissen, daß es nicht zum Wesen
des Politikers gehört, sich nur dort zu betätigen, wo es ohne
Kampf geschieht, weil eben seine Anschauungen mit der
herrschenden übereinstimmen. Das Wesen des wahren Po-
litikers besteht doch gerade darin, für das, was er als Wahr-
heit und Gerechtigkeit erkannt hat, zu kämpfen, auch dort,
wo er einer großen Zahl von Gegnern gegenübersteht. Nun
meint gerade Amtsgerichtsrat Rids, die Parteipolitik be-
ruhe nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Wenn das auch
auf einzelne trübe Fälle zureifen mag, so ist diese Verall-
gemeinerung nicht nur grundlos, sondern klingt aus dem
Munde eines Richters höchst — sagen wir milde — sub-
jektiv. Was ist Wahrheit? hat schon Sokrates gefragt. Auch
mancher Richter wird dies nicht ohne weiteres ermitteln
können. Wird aber in der Parteipolitik irgendwo gegen
offenbare Wahrheit und Gerechtigkeit gefehlt, dann treten
eben die Politiker der andern Parteien dagegen auf. Wer
die Ueberzeugung hat, daß die Parteipolitik nicht auf Wahr-
heit und Gerechtigkeit beruhe, müße sich erst recht an der
Politik beteiligen, um eine Besserung herbeizuführen.

Alles Menschliche ist unvollkommen, und es gibt sicher-
lich in einzelnen Fällen Richter, die beim besten Willen aus
ihrer menschlichen Haut nicht herauskönnen und unbewußt
ihre Sympathie und Antipathie beim Urteil misprechen
lassen. Niemand wird daraus schließen, daß richterliche Ur-
teilsverfähdigungen nicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit be-
ruhen. Aber es ist — und darauf kommt es uns hier an —
nicht erwiesen, daß jene Richter, die ihrer Sympathie oder
Antipathie Raum gewähren, Parteipolitiker sind. Das
Wahrheitsfindliche ist vielmehr, daß sie es nicht sind, sonst
würden sie, da sie sich ihrer Befangenheit bewußt sind, mit
peinlicher Gewissenhaftigkeit selbst prüfen und sich hüten,
auch nur den Schein zu erwecken, als ob sie den Angeklagten
deshalb säcker anfielen, weil er ein politischer Gegner ist.
Ferner wird wir der Ansicht, daß ein unbewußtes Mitsprechen
von Sympathie oder Antipathie bei politischen Prozessen
dort so stark sein kann, wo der Richter nur oberflächlich
mit der Parteipolitik Bescheid weiß; Mitratoren und Dema-
gogen können ja erfahrungsgemäß mit ihren einseitigen
Darstellungen nur dort Einfluß ausüben, wo das politische
Verständnis mangelhaft ist. Diejenigen Richter, die sich
eingehend mit Parteipolitik befassen, werden ganz von selbst
die Gründe ihrer politischen Gegner prüfen und nicht in die
Gefahr geraten, sich lediglich nach oberflächlichen Schilde-
rungen anderer ein Urteil zu bilden.

Amtsgerichtsrat Rids brachte den Antrag ein, daß der
preussische Richter mehr als bisher unter Vermeidung ein-
seitiger Parteipolitik sich im öffentlichen und wirtschaftlichen

Leben beteiligen solle. Mit anderen Worten: er soll wohl
öffentlich wirken, aber nicht als Politiker. Herr Rids gab
auch noch direkt einen Fingerzeig, wie er die öffentliche Be-
teiligung aufgefäßt wissen will, indem der zweite Satz seines
Antrages lautet: „Ein Mittel dazu ist auch die Mitarbeit
im Preussischen Richterverein.“ Der Richtertag hat sich
den Ausführungen Rids nicht zu eigen gemacht. Ober-
landesgerichtsrat Freimuth-Samm meinte mit Recht, daß
der Richter, wenn er sich nicht an der Politik beteiligen solle,
das wichtigste Recht des Staatsbürgers aufbehe. Was heiße
dann einseitige Parteipolitik? Wie solle man denn Politik
treiben ohne Parteipolitik? — Auch Landesgerichtsdirektor
Frentag trat für ausgiebige politische Betätigung des Rich-
ters auch in parlamentarischen Körperchaften ein, ebenso
mehrere andere Redner. Und schließlich wurde, mit Zu-
stimmung und Beifall des Amtsgerichtsrats Rids, der
wohl während der Debatte anderer Ansicht geworden ist, der
Antrag eingebracht und einstimmig angenommen:

„Der preussische Richter muß sich mehr als bisher im
öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betätigen. Die Ge-
sellschaftungen der Richter in der Betätigung an kom-
munalen Körperchaften sind aufzuheben.“

Sagt zu gleicher Zeit hat auch der Heilsige Richterverein
sich mit demselben Thema befaßt. Unter allgemeinem Bei-
fall bedauerte Landesgerichtsrat v. Wiffert, daß der Richter-
stand im öffentlichen Leben eine zu große Zurückhaltung
übe, während er tatsächlich geeignet und berufen sei, auf den
verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens vermöge der
großen Erfahrungen seiner Berufstätigkeit und auf Grund
seiner pflichtmäßigen Gemohnheit zu strenger Sachlichkeit
und Gerechtigkeit, eine leitende Rolle zu spielen. Hierbei
dürfte auch die öffentliche, politische Tätigkeit grundfäßlich
nicht ausgeschlossen werden. Es sei ja zu verstehen, wenn der
eine oder andere in dieser Beziehung Bedenken habe. Dem-
gegenüber müße aber vor allem darauf hingewiesen wer-
den, daß der Richter doch aach ein Sohn seines
Volkes sei und bleibe und als solcher Pflichten gegen
Volk und Vaterland habe. Dazu gehöre auch die Politik.
Nur müsse der Richter hierbei besonders darauf bedacht sein,
in ruhiger, sachlicher Weise vorzugehen. — Oberstaatsanwalt
Sofmann eruchte dann die Versammlung, den beifällig auf-
genommenen Worten auch die Tat folgen zu lassen und sich
damach zu richten.

Ein wahrer Mann muß auch politisch sein. Es wäre
sehr schlimm, wenn der gedachte Stand der Richter erklären
wollte: Wir stellen uns außerhalb der Politik und der
Parteipolitik, weil wir uns nicht „herabziehen“ lassen wol-
len. Gerade der Richter ist, auch infolge seiner Unangef-
barkeit, seiner Unabhängigkeit nach jeder Richtung, besonders
geeignet, gemäß seiner Ueberzeugung öffentlich zu wirken.
Der Richterhand hat herbeizugewandte Parlamentarier
gestellt. Im jetzigen Abgeordnetenhaus sitzen 42 Justiz-
beamte, im Reichstag haben wir 19 richterliche Beamte und
2 höhere Justizbeamte a. D. Wir glauben nicht, daß diese
Persönlichkeiten irgendwo das Vertrauen als Richter ver-
loren haben.

Die preussische Bevolzungsvorlage in der Kommission.

Die verklärte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses
hatte Montag vormittag die Beratung des Gesetzentwurfes
betreffend Ueberänderung der Bevolzungsvorlage. Der Bericht-
erstatter erklärte, im ersten Teile seiner Ausführungen an
der Vorlage Kritik üben zu wollen, um eine Erklärung der
Staatsregierung herbeizuführen, ob ihr irgendwelche Wen-
derung der Vorlage annehmbar eröigne. Die Aufbesserungen
der Jahre 1890 und 1897 enthielten das vollständige System
der geordneten Alterszulagen; diese vom Minister v. Miquel
vorausgesetzte enbältige Regelung sei durch die vollständige
Erneuerung der Bevolzungsvorlage von 1909 umgebildet
worden. Die grundfäßliche Gleichheit zwischen denjenigen
Kategorien im Reiche und in Preußen sei aber tatsächlich
nicht durchgeföhrt worden; noch in den letzten Tagen seien
Petitionen in dieser Richtung eingegangen. Die wachsende
Differenzierung mit dem Reiche sei die wesentlichste Ursache
der Unzufriedenheit bei den preussischen Beamten neben der
weiteren Entwertung des Geldes und der Festhaltung des
Wohnungsgeldzuschusses für viele Orte. Ob die Vereinfachung
der Klassen überall von Nutzen gewesen sei, eröigne fraglich.
Zur Vermeidung der Unzufriedenheit trage bei, daß den be-
sonderen Bedürfnissen linderreicher Familien keine Sorge zu-
gewendet worden sei. Für die weitere Behandlung sei es
von Wichtigkeit, zu wissen

wann die weitere Reform

der Bevolzungsvorlage, namentlich für die gebobenen Unter-
beamten, erachtet werden könne. Dem in einer Resolution
niedergelegten Wunsch des Reichstages betreffend Regelung
der Gehaltsfrage für die gebobenen Unterbeamten bis zum
1. Januar 1916 habe die Reichsregierung zugestimmt. Die
vorliegende Novelle betrefte zwar manche Fäkten, jedoch
wären jetzt manche hoberen Klassen durch die nun aufge-
besserten überholt worden. Die zu erwartende Regelung im
Reiche dürfte nicht zu Unstimmigkeiten in Preußen führen,
z. B. der Baukretäre gegenüber den Postbaukretären, gegen

die jene bei gleichen Leistungen erheblich zurückfänden. Der
Berichterstatter schloß, alle geäußerten Wünsche der Beamten-
schaft zu befriedigen, würde eine jährliche Erhöhung des Etats
um 550 Millionen bedeuten, was unausführbar sei. Jedem-
falls aber müße eine völlige Gleichmäßigkeit zwischen dem
Reiche und Preußen erstrebt werden. In einer zu zwei-
deutigen Resolution sollten der Staatsregierung grundfäß-
liche Ermächtigungen für die spätere Reform an die Hand ge-
geben werden.

Der Finanzminister gab hierauf die Erklärung ab, daß
jede Ueberänderung der Novelle nach gründlicher Erwägung
seitens der königlichen Staatsregierung unannehmbar sein
würde, da eine solche Umgründung unbedingte Notwendigkeit
sei. Für die Berücksichtigung weitergehender Wünsche könne
nicht ein Termin baldmöglichst festgelegt werden, so lebhaft
auch die königliche Staatsregierung befreit sei, die Be-
teiligung von Fäkten baldmöglichst in die Wege zu leiten.
Die Innehaltung des vorhin genannten Termins (1. Januar
1916) werde auch von Preußen angestrebt werden, pari passu
mit einer Regelung im Reiche. Ob indes dieser Termin ein-
gehalten werden könne, sei jetzt mit Sicherheit noch nicht zu
sagen. Auf jeden Fall würden die Gefähter der

gebobenen Unterbeamten vor 1916 geteilt
werden, dieser Termin dürfte auch für eine weitere Bevol-
zungsreform angestrebt werden.

Der Berichterstatter stellte fest, daß das Abgeordnet-
haus bisher grundfäßlich daran festgehalten habe, über die
von der Regierung vorgeschlagenen Ausgaben nicht hinaus-
zugehen. Die rückwirkende Kraft der neuen Bevolzungen vom
1. Januar 1914 an sei ja bereits von der Regierung in Aus-
sicht gestellt.

Sodann wurde die zu vereinbarende Resolution näher
behandelt; grundfäßlich sei namentlich die Gewährung von
Kinderzulagen in Aussicht zu nehmen, eventuell durch
Angliederung an den Wohnungsgeldzuschuß. Die Berück-
sichtigung der ausgesprochenen Wünsche sei unter dem Gesicht-
spunkte des allgemeinen Landesinteresses zu prüfen.

Ein Regierungsvertreter erklärte, die Spannung zwischen
den verschiedenen Klassen werde allerdings durch die Novelle
verhoben, sei sie aber nicht als unabänderlich anzusehen.
Die Einordnung der Navigationsfähler und der Bau-
sekretäre sei guttugend erlogt, die Kategorie der Baukretäre
werde später in die Banalfizienten und die der Regie-
rungsbaufektäre zerlegt werden, also völlig verschwinden.

Auf die Ausführungen eines Zentrumstredners präzisier-
te der Finanzminister seine Erklärung noch einmal dahin, daß
Preußen mit dem Reiche zugleich vorgehen wolle, er könne
aber nicht versprechen, daß das im selben Jahre geschehe. Die
Verweisung in eine andere Klasse sei keine Degradierung,
das Gehalt bleibe ja dasselbe. Der Finanzminister erwies
dann auf die Schwierigkeit, die die Bewilligung von

Zulagen an linderreiche Beamtenfamilien

mit sich bringen würde. Ihre Einföhierung würde einen voll-
ständigen Bruch mit dem bestehenden System bedeuten, da
nicht mehr die Leistung, sondern die persönlichen Verhältnisse,
und nicht mehr Ansprüche des Amtes entscheidend wären.
Das sei ein ungeheuer wichtiger Schritt, der wohl überlegt
werden müße. Der Gedanke an sich sei jampathisch, er würde
die Bevolzung gleichsam verdeln. Die Einrichtung würde
aber auch auf die Staatsarbeiter und auf die Arbeiter der
Privatindustrie zurückwirken. Die Frage sei noch nicht pruden-
ziell. Sollte man in Preußen die Kinderzulagen nach dem
ungarischen Muster einföhren, wo sie für aber Beamte 200
bis 600 Kronen, für untere Beamte 100 bis 300 Kronen be-
tragen, so würde das einen Aufwands von 60 561 000 Mark
erfordern. Die Stellung der Beamten zu den Kinderzulagen
sei vielfach abnehmend, da sie befächten, daß das Grundgehalt
daburch leiden könnte, die Zulage nicht penfionsberechtigt
wäre und wegfielle, wenn die Beamten ein höheres Alter er-
reicht hätten.

Ein Regierungskommissar gab dann nähere Daten aus
einer Statistik, die am 1. Oktober 1913 über alle Beamte, auch
die noch nicht etatsmäßig angestellten, aufgemacht worden ist.
Das Resultat sei sehr erfreulich. In Preußen seien nur
9,4 Proz. der Beamten ledig, davon 8,14 Proz. ohne Sauschaft;
von den Unterbeamten seien nur 4,36 Proz. ledig. Von den
verheirateten seien 12,27 Proz. ohne Kinder, 45,75 Proz. haben
mehr als zwei Kinder; bei den Unterbeamten sind es 49,74
Prozent. Im Durchschnitt kämen 2,7 Kinder auf jeden ver-
heirateten Beamten. Von verschiedenen Seiten wurde be-
dauert, daß die Regierung keinen bestimmten Zeitpunkt für
eine weitere Bevolzungsreform in Aussicht stellen könne und
jede Ueberänderung der Vorlage absehe.

Ein Volksparteier erklärte, nach den Ausführungen des
Finanzministers könnten seine Freunde eine Resolution neu
aufkommen, wenn darin ein bestimmter Zeitpunkt festgelegt
würde. Verschiedene Ressorts hätten sich lebhaft für die Auf-
besserung der gebobenen Unterbeamten interessiert. Die da-
für erforderlichen

9 bis 10 Millionen

wären bei der Finanzlage Preußens wohl ohne Schwierig-
keiten aufzubringen. Die Zustimmung unter den gebobenen
Unterbeamten dürfe nicht länger anhalten. Gegen die Er-
zielungsbeiträge hätten sich sämtliche Organisationen der Be-
amten ausgesprochen, entweder direkt oder indem sie die Frage
als noch nicht prudenziell bezeichneten. Die Regelung der An-
fangsgelühter, die Wärfung der Aufständigkeit, die mög-
lichst frühestmögliche etatsmäßige Anstellung seien das best-
mögliche Mittel, um die mit den Kinderzulagen verfolgten Ziele zu
erreichen. Die persönlichen Verhältnisse können man bei der
Festsetzung des Wohnungsgeldes berücksichtigen.

Ein Konservativer erkannte eine Revision des Bevol-
zungsgesetzes ebenfalls als notwendig an. Es komme nicht

darauf an, eine allgemeine Aufbesserung durchzuführen, die berechtigten Wünsche müßten aber erfüllt werden. Die Konserwatoren wollten ein gleichzeitiges Vorgehen mit dem Reich. Die Frage der Kinderzulagen müsse noch ausreichend geprüft und prüfe mit der Wohnungszulage nicht verknüpft werden. Die Konserwatoren würden auch für eine Revision des Wohnungsgesetzes zu haben sein.

Von national liberaler Seite wurde der Zweck der national liberalen Anträge dahin präzisiert, daß sie nur eine Grundlage für die Debatte bilden sollen; nachdem die Situation sich verändert habe, bestrebe die national liberale Fraktion nicht mehr auf Annahme der Anträge. Die gegen die Kinderzulagen angeführten Gründe seien von erheblicher Bedeutung. In Bezug auf das Wohnungsgeld dürfe kein Unterschied zwischen Arbeiter und Unarbeiter gemacht werden. Die Ansprache wurde hierauf abgebrochen.

Rivot hat nur geringe Neigung.

Frankreich ist auch heute noch ohne Ministerium. Rivot hat sich über die Möglichkeit, daß ihm die Bildung des Kabinetts übertragen werden, sehr pessimistisch geäußert. „Ich habe“, so erklärte er, „den Auftrag aus Erbrechtung für den Präsidenten der Republik übernommen; aber ich glaube nicht, ihn durchführen zu können. Mein Gesundheitszustand legt mir Schonung auf, und ich fühle nicht den Mut, mich mit der Kammer herumzuschlagen.“ Man glaubt übrigens, daß Rivot von Poincaré vornehmlich mit der Mission betraut wurde, eine andere politische Persönlichkeit, vermutlich Delcassé, zur Übernahme der Kabinettsbildung zu bewegen. Die Möglichkeit, daß man auf Viviani zurückkommt, erscheint nicht ausgeschlossen, so fönlich dieser Kreislauf auch anmutet. Jedenfalls droht die gegenwärtige Ministerkrise sich zu der längsten, die Frankreich je erlebt hat, auszudehnen. Nach allem bis jetzt Vorgefallenen scheint es fast unmöglich, eine Regierung zusammenzubringen, die sich nicht ausschließlich auf die linke Partei stützt. Sollte nun auch Rivot noch eine ablehnende Antwort erteilen, so bleibt dem Präsidenten Poincaré nur noch die Wahl, entweder seinen Todestid Poincaré mit der Kabinettsbildung zu betrauen, oder sich von neuem an Viviani zu wenden. Daß Clemenceau ablehnen wird, kann von vornherein als sicher angenommen werden, und ob Viviani, nachdem er sich mit solcher Entschiedenheit für die Dreijahresdienstzeit ausgesprochen hat, ein Ministerium zusammenzubringen wird, ist auch recht zweifelhaft. Zu diesem Falle steht tatsächlich dem Präsidenten Poincaré kein anderer Weg offen, als die Wiederherstellung des leicht erkrankten Delcassé abzuwarten und ihn durch inländische Witen zur Übernahme der Bildung des noch notwendigen Ministeriums zu bewegen. — Für den Augenblick legen die Radikalen die größte Entschlossenheit an den Tag, sich der Regierung zu bemächtigen. Sie suchen auf Poincaré einen Druck auszuüben, den man ganz gut auch mit dem Worte Erpressung bezeichnen kann, und sie bereiten hinter den Kulissen einen rücksichtslosen und gewaltsamen Kampf gegen das Elgische vor, der in naher Zukunft die Ministerkrise in eine Präsidialverfassungskrise umwandeln könnte, wenn nicht rasch die Ernennung eines leistungsfähigen Ministeriums erfolgt. Poincaré selbst soll indessen trotz aller Schwierigkeiten nicht im geringsten an eine Abdankung des Dreijahresdienstes oder gar an einen Rücktritt denken.

Deutsches Reich.

Ausländer an deutschen Universitäten.

Bekanntlich haben die mancherlei Ungelegenheiten, die sich durch die übergroße Anzahl von Ausländern an deutschen Universitäten, insbesondere durch deren Häufung an einigen Orten herausgestellt hatten, zu Maßnahmen hiegegen geführt. Sie sind von Erfolg gewesen, denn es betrug, wie die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz mitteilt, die Zahl der immatrikulierten Ausländer: Sommersemester 1911 4522, Wintersemester 1911/12 4963, Sommersemester 1912 4824, Wintersemester 1912/13 5193, Sommersemester 1913 4841, Wintersemester 1913/14 5013. Bis zum Wintersemester 1912/13 (nach also eine erhebliche Steigerung), das Sommersemester 1913 brachte schon annähernd den Stillstand, das letzte Wintersemester gegenüber dem vorhergehenden direkten Rückgang, wenn es auch das Sommersemester, in welchem die Zahl der Fremden immer geringer zu sein pflegt, nochmals ganz unbedeutend übertrat. Der Rückgang trifft ausschließlich die Russen, deren Zahl von 2540 auf 2252 sank, so daß also die Gesamtzahl der übrigen Ausländer noch einigermaßen gestiegen ist. Schon dieses Ergebnis als erfreulich anzusehen, so ist es ferner der Umstand, daß auch die Zahl der Russen gerade an denjenigen Universitäten am eisten abgenommen hat, wo sie bisher am zahlreichsten vertreten waren. So sank ihre Zahl in Berlin von 641 auf 573, in Freiburg von 492 auf 60 (gerade hier hatten sich bekanntlich die stärksten Uebelstände geltend gemacht), in Leipzig von 408 auf 298 usw., so daß andere Hochschulen sogar eine kleinere Steigerung erlitten. Die getroffenen Maßnahmen haben also so gewirkt, wie sie sollten, d. h. sie haben Uebelstände beseitigt, ohne die von deutschen Universitäten an dem Nationalitäten gegenüber stets geflossene Geldströme merklich zu vermindern. In bedeutender Zahl waren noch folgende Nationalitäten auf deutschen Hochschulen vertreten: Dänemark 100, Amerika und die Schweiz je 350, Japan 240, Großbritannien und Rumänien je 150, Bulgarien 120, alle übrigen Länder mit weniger als 100 Studierenden.

Die Militärkommission ist am Montag nach recht langen Ferien im Reichstage wieder zusammengetreten, um die Referate der Abgeordneten Graf Westarp und Erzberger über die Lieferung von Waffen und Munition entgegenzunehmen. Die Tagung, zu der die Chefs der großen Waffenfabriken als industrielle Sachverständige zugezogen worden sind, wird mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Nach Abschluß der diesmaligen Sitzungsperiode sollen die militärischen Institute in Spandau beschäftigt werden.

Kommissionen während der Landtagsferien. Nach der Vertagung des Landtags werden vier große Kommissionen zur Beratung des Fiskalministers, Fiskalrat, Kommunalabgaben- und Grundbesitzgesetzes noch drei Wochen Sitzungen abhalten und sich Anfang Juli auf Mitte Oktober vertagen.

Das Reichsgesetz wird dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen und noch im Laufe des Juni veröffentlicht werden.

Die Kleinhandels-Enquete. Am Dienstag findet im Reichsamt des Innern eine Besprechung über die zu veranlassende Kleinhandels-Enquete statt, zu der fünf Reichstags- und fünf Landtagsabgeordnete, Vertreter des Deutschen Handelseigenen und fünf andere wirtschaftlicher Körperlichkeiten eingeladen sind. Für die Konferenz sind folgende Beschlüsse gefaßt worden: Der Reichsamt des Innern wurde aufgestellt worden. Bei der Besprechung werden zunächst die mannigfachen Schwierigkeiten eingehend zu erörtern sein, die sich bei Veranstaltung einer Kleinhandels-Enquete angesichts des außerordentlichen Umfangs des Arbeitsgebietes entgegenstellen werden, und es wird ferner des näheren zu prüfen sein, ob von der Veranstaltung einer solchen Untersuchung entsprechende Ergebnisse zu Nutzen der beteiligten Kreise erwartet werden dürfen. Im übrigen werden gegebenenfalls die Fragen der Begrenzung des von der Enquete zu erhaltenden Personalkreises, der Aufstellung bestimmter Thematika für die Erhebung sowie der Art und Weise ihrer Durchführung näher zu erörtern sein. Insbesondere wird den Teilnehmern an der Besprechung Gelegenheit gegeben werden, ihrerseits Vorschläge zu machen und Wünsche zu äußern.

Zu der Konferenz über eine Enquete über den kaufmännischen Mittelstand, die am 9. Juni morgens 9 Uhr im Reichsamt des Innern stattfinden wird, außer den Vertretern der zuständigen Ressorts Parlamentarier sowie eine Anzahl von Sachverständigen geladen, die von den Bundesregierungen bestimmt sind. Als wissenschaftliche Sachverständige werden Professor Dr. Schomburgk und Professor Dr. Rathgen vertreten sein. Ferner wird der Deutsche Handelsrat, Vertreter, die Handelsternern angehören, entsenden. Von größeren Verbänden sind der Verband der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin, der Leipziger Verband sowie der Verband der Robustwarenindustrie hinzugezogen worden. Auf der Konferenz soll eine Aussprache darüber erfolgen, in welcher Weise die Enquete am zweckmäßigsten vorzunehmen ist. In Betracht kommen würde entweder die Vernehmung von Sachverständigen oder aber die kontradiktorische Vernehmung von Sachverständigen, die in letzter Zeit bei derartigen Enqueten mit Erfolg zur Anwendung gelangt ist.

Bayrischer Aufschlag zur Reichssteuer. Die bayrische Kammer der Abgeordneten hat Sonnabend einstimmig dem Gesetzentwurf betreffend Erhebung eines 25-prozentigen Aufschlags zur Reichssteuer zustimmend angenommen. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft ab 1. Januar 1914. Die Einnahme aus der Steuer ist auf 1700 000 Mark veranschlagt.

Ausland.

Poincaré wegen Bigamie angeklagt.

Der „Rhein-Westf. Zig.“ zufolge wird in Pariser politischen Kreisen eine Skandalaffäre bekannt. Danach habe Poincaré in der Ehe zwei Vorgänger gehabt. Der zweite Gatte der jetzigen Frau des Präsidenten sei ein gewisser Gabor, der ebenfalls ihr die Hand zum Eheband reichte. Kummerei sei der Verstorbenen plötzlich wieder aufgefallen und habe Anklage wegen Bigamie veranlaßt.

Das klingt sehr romanhaft, man wird abwarten müssen, ob die Meldung nicht als „Wildeute“ aufsteigt.

Carranza gegen Villa.

Die neuesten Meldungen aus Juarez besagen, daß Villa beabsichtigt, morgen südwärts zu gehen, und zwar nach dem Kriegsaufschlag im Staate Zacatecas (halbwegs zwischen Torreón und Mexiko), so daß er jedem Zusammentreffen mit Carranza wieder aus dem Wege ist. Da nun Carranza letzten Donnerstag den General Natera zum Oberkommandierenden in dem Staate südlich der Linie Durango-Torreón-Saltito gemacht hat, so wird Villa diesem untergeordnet sein, sobald er den Vormarsch in Zacatecas aufnimmt. Dies entspricht einem früheren Armeebefehl Carranzas, der offenbar schon in Vorausicht der späteren Ernennung Nateras erfolgt ist. Nach einer in Durango über Gesandte aus der Hauptstadt Mexiko eingetroffenen Nachricht ist dort alles ruhig. Es scheint aber, daß die Huertatruppen in Zacatecas im Begriffe stehen, nach Süden abzugehen. Villa aber, wenn man so will, Natera würden also auch dort leichtes Spiel haben, und das Netz scheint sich immer enger um Huerta zusammenzuschließen.

Nach dem Zwischenfall in Durango. Sonntag abend hatte der italienische Gesandte in Durango eine Besprechung mit dem Fürsten Wilhelm und den Ministern, die anerkannten, daß der holländische Oberst Thonion falsch gehandelt hatte, und verpönten, volle Genugtuung zu geben. Der italienische Gesandte bestand auf Freilassung der Papstiere; diese wurde seitens einer gemischten Kommission vorgenommen, weil der Gesandte die Falschheit der Anklage beweisen will, unabhängig von der Genugtuung, die für die Verletzung der Kapitulationsurteile geschehen wird. Es heißt, daß die holländischen Offiziere, belobens Oberst Thonion, der albanesischen Regierung den Gehorsam verweigern, weil sie ihr Amt aus einem Mandat der Mächte herleiten, wie es auf der Londoner Konferenz beschloßen wurde. — Die albanesische Regierung hat an den italienischen Gesandten ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem sie die bereits abgegebenen Versicherungen, inoffiziell wiederholt, daß sie Italien für die Verletzung des Oberst Muricchio Genugtuung geben wolle. Sobald die Kommission, die die Papiere prüft, die Schuldlosigkeit Muricchios festgestellt haben wird, wird die albanesische Regierung die holländische Regierung um Erziehung der für den Vorfall verantwortlichen Offiziere ersuchen.

Große Griechenlandverfolgungen in Kleinasien haben zu ersten diplomatischen Schritten Griechenlands in Konstantinopel Veranlassung gegeben.

Vernehmung der russischen Schwarzen Meeres-Flotte. Die Kriegs- und Marinekommission der Reichsduma nahm in geheimer Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Kredite zur Vernehmung der Schwarzen Meeres-Flotte an.

Das italienische Finanzprogramm. In der italienischen Kammer erklärte der Schatzminister Rubini das Finanzprogramm der Regierung folgendermaßen kurz zusammenfassen zu können: Erstens: Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen bei aller Bemühung, deren Druck auf das Budget zu vermindern, und die Steuerkraft des Landes zu schonen; zweitens: große Ersparnis in der Übernahme neuer Verpflichtungen und Verengung derselben; drittens: Förderung der produktiven Kräfte des Landes mittelst öffentlicher, drittens: energische Beschäftigung auf die verprochenen Ausgaben, Viertens: Eine Steuerreform, durch die die Finanzen

gebahrung der Kommunen mit der obersten Notwendigkeit das Gleichgewicht des Staatsbudgets unangefast zu erhalten in Einlang gebracht werden soll. Zur Erreichung dieser Ziele bedürfte er tatkräftiger Mitarbeit des Parlaments.

Delcassé, der an einem Karunkel leidet, ist operiert worden. Er hat leichtes Fieber und fuhlet hart, da er eraltet ist. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Halle und Umgebung.

Halle, 9. Juni.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 8. Juni.

Am Vorstandssitzung die Herrr Justizrat Dr. Lembert, Justizrat Dr. Föhring, Eisenbahndirektor Dr. Borcherdt und Konditor Dr. Fischer.

Der Vorliegende teilt zunächst einige Eingänge mit. Es liegt ein Aufschreiben der Gesellschaft für Säuglingsfürsorge für die Bewilligung von 5000 Mk. vor, ferner ein Dankschreiben des Verbandes reisender Kaufleute für das Interesse, das man ihm bei seiner Tagung entgegengebracht habe. Weiter liegt eine Einladung vor zur 50jährigen Feier des landwirtschaftlichen Instituts. Eine Petition des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen, die eine Verbesserung unserer Spielplätze anstrebt, geht an den Petitionsausschuß.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Im Viehhof sind ca. 2800 Quadratmeter Gelände unbenutzt. Es wird beabsichtigt, dies Terrain nutzbar zu machen, und zwar durch Vermietung als Lagerplatz ober zum Bau von Schuppen und Getreide-Speichern. Als Pächter kommen zunächst die Getreidefirmen F. Arndt, Kleinhardt u. Jacob und Saccobine mit ca. 1650 Quadratmeter in Frage. Vorbedingung zur Vermietung ist die Begung eines neuen (dritten) Eisenbahngleises sowie die Platzierung eines Weges längs der Speicher. Gelingt es der Ausführung des dritten Gleises soll zugleich eine Verbesserung der alten Gleisanlage erfolgen, indem an Stelle einer unzuverlässigen Dreifachgleise moderne Weichen eingebaut werden sollen. Die dadurch entstehenden Ausgaben sind auf zusammen 13 950 Mk. veranschlagt worden. Die Miete beträgt pro Quadratmeter und Jahr 1,50 Mk. Der Antrag wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Feidmann.)

Punkt 2 betrifft die Anfrage betr. die

Dünste der Cröllwitzer Papierfabrik.

Die Anfrage lautet: Welche Maßnahmen hat die Polizei getroffen. Zur Begründung nimmt das Wort Herr Stv. Horstmann: Bewohner des Nordens klagen über Geruchsbelästigungen aus der Cröllwitzer Papierfabrik. Die Dünste bringen in die Zimmer und erzeugen bei manchen Personen Schweiß. Den Hausbesitzern wird dadurch in jener Gegend das Vermieten ihrer Wohnungen erschwert. Die Papierfabrik hat die Verpflichtung, alles zu tun um Uebelstände zu schaffen. Der einzelne ist machtlos. Die städtischen Behörden allein können die Polizeiverwaltung zum Einschreiten veranlassen. Meine Worte richten sich nicht gegen die Papierfabrik an sich; im Gegenteil, ich würde es bedauern, wenn die Fabrik nach auswärts verlegt würde, aber die Fabrik könnte mehr tun, um die Uebelstände erträglich zu machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kive: Der Magistrat hat die Polizei um Auskunft erucht über die Maßnahmen, die bisher getroffen sind, und hat folgenden Bescheid erhalten: Die Polizei sieht die Beschwerden als begründet an. Sie hat auch stets auf die Befristung einzuwirken versucht, daß Vorkerkungen zur Beseitigung des Uebelstandes getroffen werden. Ind tatsächlich hat die Fabrik sich bemüht, sowohl auf technischem wie chemischem Wege Maßnahmen zu treffen, die lästigen Ausdünstungen zu beseitigen. Aber alle Versuche, so vollständig sie auch waren, haben keinen Erfolg gehabt. Auf die Leitung der Papierfabrik haben außer der Polizei noch die Gewerbeinspektion, der Kreisrat und der Regierungspräsident einzuwirken versucht. Der Kreisrat hat bestätigt, daß die Dünste außerordentlich lästig sind, aber direkt gesundheitsgefährlich seien sie nicht. Die Polizei hat sich aber damit nicht zufrieden gegeben. Als alle Maßnahmen nichts halfen, hat die Polizei beim Staatsauschuß den Antrag gestellt, daß der Fabrik die Verwendung des Schwefelnatriums nur noch in Höhe von sechs Prozent statt 12 Prozent gestattet werde. 12 Prozent sind der Fabrik in der Genehmigungsurkunde zugesprochen. Aber es ergab sich, daß, wenn der Staatsauschuß diese Anordnung durchhalten würde, der technische Betrieb der Fabrik außerordentliche Schwierigkeiten haben würde und andererseits ließe sich damit nur ein unerwertbares Produkt gewinnen.

Das Ergebnis wäre also die Stilllegung der Fabrik.

Es ist begreiflich, daß man diese letztere Maßnahme nicht verfügt hat, sondern auf einen neuen Vorschlag eingegangen ist, dem Uebel womöglich doch noch auf technischem Wege beizukommen. Die Fabrikleitung hat sich zu einem neuen umfassenden Versuch bereit erklärt: sie will einen hohen Schornstein mit einem Multiplikator bauen; das ist ein Apparat, der die Ausdünstungen berast verteilt, daß sie niemandem mehr beschließen sollen. Die Ausführung dauert natürlich geraume Zeit. Der Staatsauschuß hat deshalb der Fabrik Frist gegeben bis zum 1. Oktober 1914. Ende Dezember vorigen Jahres hat die Fabrik die Kommission eingeleitet, Ende März ist sie ihr erteilt. Die Anlage ist jetzt im Bau begriffen; sie ist noch in der Entwurfphase, in vier Wochen soll sie fertig sein. Dann müssen wir in Ruhe abwarten, wie sich die Sache entwickelt, ob die Uebelstände verschwinden. Sollte der Erfolg ausbleiben, dann sind auch noch nicht alle Mittel erschöpft, dann kann man noch neue Versuche machen. Wenn man bedenkt, daß die Existenz der Fabrik davon abhängt, daß die Fabrik 600 Arbeiter beschäftigt, daß sie die älteste Fabrik in Halle ist, dann wird man sich mit dem, was bisher auf Ver-

Kriechen und Aug. Krauswatsch-Wansleben. Das Fest nach dem herrlichen Wetter einen schönen Verlauf.

6. Juni. (Neuer Schützenkönig.) Das diesjährige Schützen- und Volksfest erreichte gestern mit dem Einzug der Schützenkönigin Ende. Die Schützenkönigin wurde errang sich Bauunternehmer Robert Wernicke.

6. Juni. (Goldenes Meisterjubiläum.) Gestern begann der Stellmachermeister Herr Wilhelm Goldader sein 50jähriges Meisterjubiläum. Aus diesem Anlaß überreichte der Vorstand der Schlosser-, Schmiede- und Wagner-Zunft eine Geschenk. Tischlermeister G. Engenbarth überreichte ihm im Auftrage der Handwerker die goldene Meisterurkunde. In Anerkennung der Verdienste hat er den Jubilar nicht gefehlt, 12 Jahre lang gehörte er dem Stadtordnungsamt und 16 Jahre dem Schulvorstande an und ist gegenwärtig seit 20 Jahren noch Mitglied der Kirchengemeinderatsverwaltung.

6. Juni. (Ein Wahn im hiesigen Arbeiter-Verein.) Durch einen plötzlichen Windsturm in der Wäldchen umgeworfen und völlig zerstört. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

6. Juni. (Der 24. Verbandstag des Mitteldeutschen Verbandes evangelischer nationaler Arbeiter- u. Arbeiterinnenvereine) findet nicht in Gangerzhausen, wie zuerst festgelegt war, am 13., 14. und 15. Juni in Wiesbaden, sondern die nächsten Reichstagsferien in Gangerzhausen u. a. Sonntag den 4. Uhr ab Empfang der Delegierten und Gäste, abends Begrüßungsabend im Festsaal des Reichshauses. Sonntag: Festgottesdienst in der St. Stephanuskirche (Festprediger Dompropst Baumann u. Halle). Die geschäftlichen Verhandlungen beginnen am 8. Uhr im „Kongresssaal“. Rechnungsabgrenzung, Beratung der Anträge. Bericht über den Stand der Volkserziehung (Generalsekretär Dr. Anselm Berlin), die Verbandssetzung (Kassier Ehrhardt-Dehau). In der Weiterberatung (Vereinschancen) spricht Geschäftsführer Sudner-Eisenberg über „Die Kirchenaustrittsbewegung“. Montag beginnt die Hauptversammlung. Die Tagesordnung enthält: Verbandspräsidenten Dr. Büchting-Eisenberg; Professor Dr. Wendelsohn, Dozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Halle, redet über: „Das Verhältnis der Industriearbeiter zu den Landarbeitern“, Verbandssekretär Griesbach-Mühlhausen über: „Wie gewinnen wir die Landarbeit für unsere Bewegung.“

6. Juni. (Neue Überlandzentrale.) Die große Überlandzentrale Post-Telegraphen-Verwaltung hat nach einer großen Umbauarbeiten erfahren. Man plant eine Hochspannungslinie nach Rastdorf, wo die Schaltstelle mit einem Lokalenstrom von 50 000 Volt ist, über 2000 nach Rastdorf (hier trennt sie die Hochspannungslinie Rastdorf-Rastdorf) und Ermelen. Die Bauausführung ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin.

6. Juni. (Die Neuverpachtung der Bahnhofsverwaltung.) Freitag mittag fand im Eisenbahndirektionsgebäude die Eröffnung der Gebote statt, die auf die am 1. Oktober frei werdende Pachtung der Bahnhofsverwaltung der Magdeburger Eisenbahn abzugeben werden. Es sind im ganzen 121 Gebote abgegeben. Das höchste Gebot gab Deleonom Frh. Müller (Magdeburg) mit 80 000 Mk., ab. Dann folgten mit 75 000 Mk. Strumpf (Gotha), Sandhoyer (Emmerich), Anton Kraus (Halberstadt) und Wenzelberger (Berlin), 73 500 Mk. Wieba (Zehdenick), 72 000 Mk. Wöhler (Börsum), 70 000 Mk. Sauerland (Mörsleben), Krause (Mörsleben), Eberding (Wittenberge), Rühlmann (Gehlen). Die niedrigsten Gebote wurden abgegeben mit 12 000 Mk. von E. Böhm (Berlin) mit 16 000 Mk. von Vertzart (Schomburg), Stein (Berlin) hatte 20 000 Mark geboten, aber vor dem Termin sein Angebot auf 51 000 Mk. erhöht. Die meisten der übrigen Gebote, die hauptsächlich von auswärtigen Wirten kamen, bewegten sich zwischen 50 000 und 60 000 Mark. Der Zuschlag wird erst später erteilt. Die bisherige Pacht betrug 51 500 Mark.

6. Juni. (Ein Vermächtnis, das teils n. h.) Uns wird berichtet: Ein Vermächtnis, dessen großen Segen allerdings erst spätere Geschlechter genießen werden, hat Bürgermeister Seifert anlässlich seines 60. Geburtstages ausgelegt. Er stiftete den Betrag von 200 000 Mk. mit der Bedingung, daß die Zinsen und Zinseszinsen bis zum Jahre 2254 angesetzt werden. Am 29. Mai 2254 sollen von den eingekammeten Zinsen 70 Proz. der Gemeindefasse zur freien Verfügung der Gemeindebehörde überwiehen werden. Die verbleibenden 30 Proz. sollen für die weitere Zukunft ein Stammkapital bilden. Dieses Stammkapital soll in gleicher Weise wie das Grundkapital verrentlich angelegt und die Zinsen möglichst nicht unter 4 Proz. dem Kapital zugesetzt werden bis zum 1. Januar 2254. Am 29. Januar 2254 sollen die eingekammeten Kapitalzinsen bezüglich 30 Proz. Stammkapital zur freien Verfügung der Gemeindebehörden der Gemeindefasse überwiehen werden. Die zurückgebliebenen 30 Proz. werden dann immer wieder auf weitere 100 Jahre am 29. Januar 2254 u. a. angelegt und der vom Stammkapital erzielte Gewinn der Stadtkasse unter gleichen Bedingungen wie die 70 Proz. zugeführt. Der Gemeinderat nahm das Vermächtnis, das in 300 Jahren auf 25 Millionen Mark angewachsen sein wird, mit besonderem Dank an. Der Gemeinderat von Weiba muß aus recht bestehenden Gründen beschließen, wenn er dieses Vermächtnis „um Anlaß eines besonderen Dankes nimmt.“ Auf diese Weise kann jeder ein Millionen-Spenden werden. Er braucht nur mal der Gemeinde eine Mark zu schenken mit der Verpflichtung, sie ein paar hundert Taler auf Zins und Zinseszinsen anzulegen und schon ist die Millionenpende da. Unseres Wissens sind solche „Millionen-Stiftungen“ schon öfters von Gemeinden abgelehnt worden. (Die Red.)

7. Juni. (Bau einer Zementfabrik.) Nachdem ein dem benachbarten Gute Oberholz der Besitz Israel ein Kaufverbot angelegt hat, das über sehr gut rentiert, beabsichtigt Herr Z., jetzt auch eine Zementfabrik dort zu erbauen.

7. Juni. (Als Leiche aus der Saale gezogen.) Der seit einigen Tagen vermißte Maurermeister Sohn von Zena wurde am Sonntag als Leiche aus der Saale gezogen. Vermutlich liegt Selbstmord vor.

Gerichtsverhandlungen.

Ein Raschpiel zum Sudermann-Prozess. Berlin, 6. Juni. Der Fall Sudermann hatte gestern noch ein Raschpiel vor dem Schöffengericht Charlottenburg. In jenem Prozeß gegen Dr. Wessing und den Schriftsteller Siegfried Jacobsohn wegen Verletzung des Urheberrechts vertrat der Rechtsanwalt Dr. Goldbaum den Nebenkläger Sudermann. Er hatte in einem wichtigen Prozeß ein strenges Urteil gegen die beiden Angeklagten gesprochen und u. a. geäußert: Die Seiten seien näher, er besen ein Autor sich jeden Angriff der Kritik ohne allen lassen müssen. Der „Berliner Börsen-Courier“ hatte diese Ausführungen (scharf

kritisiert, ihnen mangelnde Robuste und Verkehren des Gerichtshofes vorgeworfen und schließlich von einem „Ersatz“ gesprochen. Es wurde aus hervorgehoben, daß Dr. Goldbaum in seinem Vortrage sich dahin geäußert habe: „Glauben Sie nicht, daß die Angeklagten vor Ihnen und Ihrem Urteil irgendwelchen Respekt haben; dazu sind Sie viel zu stolz. Sie werden Ihr Urteil nur auf sprachliche und grammatische Fehler beschreiben.“ Rechtsanwalt Dr. Goldbaum strengte gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Factor Privatklage an. Das Charlottenburger Amtsgericht lehnte zunächst die Eröffnung des Verfahrens ab, weil es in dem Artikel keine Verleumdung erkannte und außerdem die Wahrnehmung berechtigter Interessen annahm. Auf Beschwerde wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens angeordnet. In der heutigen Verhandlung kam nach sehr langen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien ein Vergleich dahin zu Stande: Dr. Factor erklärte zu Protokoll: „Ich habe in dem intrinseken Artikel der Ehre des Privatklägers nicht zu nahe treten wollen, insbesondere habe ich nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß der Privatkläger in der betreffenden Verhandlung etwas gesagt oder getan hat, was gegen die Pflichten eines Anwaltes verstoße. Sollte beabsehenderweise auf meinen Worten ein bezüglicher Vorwurf herausgelesen worden sein können, so erkläre ich nochmals, daß ein solcher Vorwurf in meinen Worten nicht liegen sollte. Ich wollte lediglich Erklärungen des Privatklägers, in denen ich Angriffe auf die Freiheit der Presse gemacht, entgegenzetzen.“ Die Privatklage wurde hierauf zurückgenommen.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der ordentliche Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Jülich, Dr. E. Eilen, ist von den Leitenden der Kaufmannschaft von Berlin an die Handels-Hochschule Berlin als Professor der Volkswirtschaftslehre vom 1. Oktober 1914 an berufen und als solcher von dem zuständigen Ministerium bestätigt worden. Professor Dr. Eilen wurde am 13. August 1879 in Erzergeboren. Er behält die Gymnasien in Gumbinnen, bestand das Abiturientenexamen 1899 auf dem Real-Gymnasium in Gumbinnen in Köln, habuierte in Berlin und München, promovierte im Sommer 1902 zum Doktor oec. publ. in München mit dem Prädikat summa cum laude, habilitierte sich im Sommer 1905 in München, erhielt im Wintersemester 1905/06 einen Ruf als außerordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Jülich und wurde im Wintersemester 1912/13 zum ordentlichen Professor ernannt. — Der Privatdozent für Staatswissenschaften an der Berliner Universität, Mitglied des kgl. preuss. Statistischen Landesamtes Prof. Dr. Karl Ballod wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Der ordentliche Professor für Chemie und Vorstand des Laboratoriums für reine und pharmazeutische Chemie an der Technischen Hochschule in Stuttgart Dr. phil. Karl v. Sell wurde auf sein Ansuchen in den Rubelland veretzt. — Der Mathematiker Honorarprofessor Dr. phil. Simon an der Universität Straßburg bezieht am 8. Juni sein 70. Geburtstag. Er hielt über Geometrie der Mathematik. Sein Geburtsort ist Kallher. — Professor Dr. Konrad an Bern, seit 1884 ordentlicher Professor für Physiologie an der dortigen Universität, ist in Bad Nauheim gestorben. Im Januar 1909 hatte Kroneder seinen leibhaftigen Geburtstag feiern können. Seine Arbeiten betreffen zu einem großen Teil die Physiologie der Nerven und der Muskeln.

Professor Kroneder †. Auf der Rückreise vom Berliner Physiologischen Kongreß ist der Professor der Physiologie an der Universität Bern, Kroneder, in Nauheim einem Schlaganfall erlegen.

Maler Gabriel Ferrer †. In Paris ist der Maler Gabriel Ferrer, Mitglied der Akademie der schönen Künste, gestorben. Ferrer, der ein Alter von 60 Jahren erreicht hat, war einer der beliebtesten Porträtisten; namentlich seine Porträts schöner Frauen haben in weiten Kreisen Beachtung gefunden. Auch große Figurenbilder hat er geschaffen. Sein bekanntestes Bild ist die „Nüta“. Anlässlich der französischen Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste im Jahre 1910 gelangte hier eine größere Anzahl seiner Bilder zur Ausstellung. Der Verstorbene gehörte der streng akademischen Schule an.

Der Anständer Verband mathematischer und naturwissenschaftlicher Vereine an deutschen Hochschulen hielt vom 4. bis 7. Juni seinen XII. Verbandstag in Arnstadt ab. Er ist der größte wissenschaftliche Verband Deutschlands und hat sich mit 765 anderen wissenschaftlichen Verbänden zum „Deutschen Wissenschaftler-Verband“ zusammengeschlossen. Die geschäftlichen Verhandlungen wechselten mit gesellschaftlichen Festhaltungen ab, deren Höhepunkt ein Ball und der Festkommers bildete.

Theater und Musik.

„Zepp“ vom Berge“.

Das Deutsche Künstlertheater in Berlin hatte es am Sonntag abend übernommen, einen Werte zur deutschen Uraufführung zu verhehlen, das in etwa zehn Jahren 200. Geburtstag feiern kann: des „bärlings Mästlers“ Ludw. Solde in's Komödie „Zepp vom Berge“. Gleich von vornherein ist es gelang, es war ein Erfolg. Das Publikum pendelte lebhaften Beifall. Das Wert mutet an wie ein alter, herber Volksstück. „Zepp vom Berge“ ist eine satirische Epöche aus dem trüblichen Leben eines Bauern, der unter dem Joch seines turienhaftesten Eheweibes und des Brandenteufels, der ihn völlig beherrscht, schmachtet. Die Fabel ist ja nicht neu, Schafopfer. Der widerpenflichen Zäunung- und Hauptmanns farbiger „Schuld und Säu“ behandeln das gleiche Motiv, aber Ludw. Solde zeichnete seine Typen wunderbar oft und lebenswahr. Dieser Säuer Zepp vom Berge, der völlig betrunken auf dem Misthaufen schläft, wird ganz wie bei Schafopfer und Hauptmann — durch eine Laune seines Vaters für einige Stunden zum Baron, teilt Schicksal aus, schlägt die Diener und bewirkt sich von neuem. Der Wert geht aber den Spak fort, läßt den Bauern auf ein improvisiertes Gerüst stellen und wegen seiner Annäherung zum Tode durch Gift und Strang verurteilen. Man fikt ist ihm einen Schlaftrunk ein und hängt ihn an den Arnen auf. Sein böses Weib Helle vollt ihn von Galgen herunter und läßt den Begangten mit der Karabische über dem Kopf auf dem neuen Spak hängen. Der Bauer teilt der Reichstaler, die Zepp vom Berge aber — und das ist die Moral des Stückes — als der Mensch in ihm ermahnt, dem Baron vor die Bühe wirft. Ueber der ganzen Komödie liegt der beizende Sauch dänischen Aqawits, wie in einer wüsten Schanzanlage geschrieben mutet sie an und doch hat sie einen tiefen Sinn. In der Welt liegt darin, daß die Zeit den Charakter eines ganz ähnlichen Spiels, es ist ein Charakterporträt der kleinen Leute“ aus Solde's Zeit. Die werbe Völe steht mit dem Darsteller des Zepp vom Berge: von einem Komiker niederen Schlages dargestellt, müssen jene werden Späher unglück dalt und abblühend wirken. Jakob Tiedtke schuf dagegen einen Gestalt von erschütternder Tragik mit So und doch nicht anders als der „Zepp vom Berge“ über die Bühne torkeln, wenn es ein Erfolg sein soll.

Bühnenchronik.

Die Theateröffnung der Werkbund-Ausstellung in Berlin ist insofern schicksalhaft eingetruen auf Freitag verfallen worden. Dr. M. u. a. wird im Herbst 1915 nach Dresden überleben und mit dem Raschpiel der Ausstellung die Zeitung der Sofosse übernehmen. Dr. M. u. a. wird im Herbst 1915 nach Dresden überleben und mit dem Raschpiel der Ausstellung die Zeitung der Sofosse übernehmen. Dr. M. u. a. wird im Herbst 1915 nach Dresden überleben und mit dem Raschpiel der Ausstellung die Zeitung der Sofosse übernehmen.

Letzte Depeschen.

Die Besetzungsnovelle angenommen.

Berlin, 8. Juni. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat die Besetzungsnovelle im ganzen angenommen.

Keine deutsche Anleihe für Bulgarien.

Berlin, 8. Juni. Die Verhandlungen der Disconto-Gesellschaft mit der bulgarischen Regierung wegen einer Anleihe sind abgebrochen worden.

Mit dem Pferde getötet.

Brünn, 8. Juni. Prinz Albrecht zu Schaumburg-Lippe, Major im hiesigen Dragonerregiment, stürzte heute morgen mit dem Pferde und zog sich eine Gehirnerschütterung zu.

Besetzung beim Großherzog von Greiflich.

Neustadt, 8. Juni. Nach dem heute abend ausgegebenen Bulletin weißt das Befinden des Großherzogs eine wesentliche Besserung auf.

Die Tampico-Blockade aufgehoben.

Mexiko, 8. Juni. Die Aufhebung der Blockade über Tampico erfolgte auf die Nachricht hin, daß die Vermittler in Niagarafalls wegen der Bewegungen des Dampfers „Antillo“ Vorstellungen bei Nordamerika erheben würden.

Die Blockade von Tampico.

Amsterd., 8. Juni. Nach einer Depesche aus Tampico errichteten dort die Rebellen in Erwartung des Angriffs von Huertaz Arzobispas in aller Eile Befestigungen. Fünf schwere Geschütze sind in Stellung gebracht, und es werden Vorkreuzungen getroffen, die Jaieneinigkeit, wenn nötig, zu sperren. — In Niagarafalls liegen mehrere hervorragende Mitglieder der Vermittlungskonferenz schwere Befestigungen infolge von Huertaz Befehl, Tampico zu blockieren, und des Verlangens der Vereinigten Staaten, daß der Hafen offen bleiben müsse. Es wird befürchtet, diese Einmischung der Vereinigten Staaten werde Huerta veranlassen, sich von der Konferenz zurückzuziehen. Huertaz Vertreter stehen auf dem Standpunkt, die Vereinigten Staaten dürften die Bemühungen der mexikanischen Bundesregierung zu verhindern, nicht durchzusetzen; denn wenn sie dies tun, so würden sie tatsächlich mit Hilfe ihrer Flottenmacht die Sache der Rebellen unter Carranza fördern.

Wetterkurz.

Karlsruhe, 8. Juni. Im Schwarzwald und in den Vogesen ist ein empfindlicher Wetterwechsel eingetreten. Bei 1 bis 2 Grad Rälte fällt seit gestern abend fast ununterbrochen Schnee.

Ein Besuch Kaiser Wilhelms in Marienbad.

Wom Schloß Konopitz aus wird sich Kaiser Wilhelm nach Marienbad begeben, wo der dritte Sohn des Kaisers, Prinz Waldert von Preußen, zur Kur weilt. Giebtgleich mit Kaiser Wilhelm damit eine Besichtigung der Friedrich-Wilhelm-Stiftung in Marienbad verbinden.

Bismarck'sche Restionen.

Leipzig, 8. Juni. Das Reichsgericht hat heute die Revision des Arbeiters Wilhelm Schröder verworfen, der vom Schwurgericht Stendal am 22. April d. J. wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Der Angeklagte hat am 21. Januar d. J. in Seuchaufen in der Altmark seine Ehefrau erschossen. — Ferner verwarf das Reichsgericht heute die Revision des Stenographen Jakob Kuffe, der vom Schwurgericht Meß am 21. März d. J. wegen verurteilten Mordes zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Angeklagte hatte am 25. Januar d. J. in Heiligen einen gewissen Julius Edmund durch einen Revolverstich zu ermorden versucht.

Der Schoner „Spera“ aus Köditz.

Kapitän A. Nielsen, auf der Reile von Kolmar nach Lübeck, nahm in der Diffe einen de u l f e n e n Kapitän auf, der acht Stunden lang auf einem Raft d. h. herumgetrieben war. Der Kapitän gehörte zu einem Schiff, das auf der Reile von Frage nach Koldof gefunken war und dessen übrige Besatzung ertrunken ist. Der gestunkene Schoner war in Westerbardereich beheimatet.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Z I m e n a u.

Montag, 8. Juni, 8 Uhr morgens

Lufdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das gestern früh bei Island lagernde Tief hat sich auf dem letzten Wege von Norden nach Süden bewegt und liegt jetzt über Mittel- und Südeuropa, während im Norden hoher Druck herrscht. Bei höherer Temperatur würde bei dieser Wetterlage Gewitter eintreten, doch ist bei der jetzt herrschenden Kälte nur mit weiterhin feuchtem Wetter zu rechnen.

Witterungsausicht für den 9. Juni.

Bemöht und kühl, zeitweise Regen.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.

10. Juni: Wolke mit Sonnenschein, warm.

11. Juni: Bewölkt, teils heiter, mäßig warm, zeitweise Regen.

12. Juni: Bewölkt mit Sonnenschein, normal warm, Strichregen.

13. Juni: Bärmer, bewölkt, bedeckt, teils heiter.

